

II-904 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode
1010 Wien, den 3. Feber 1984
Stubenring 1
Telefon 75 00 Telex 111145 oder 111780
Auskunft

Z1. IV-50.004/74-2/83

367 /AB

Klappe

Durchwahl

1984 -02- 06

zu 371 /J

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten ELMECKER
und Genossen an den Bundesminister für
Gesundheit und Umweltschutz betreffend
überregionale Verhandlungen zur Behebung
von Waldschäden (Nr. 371/J)

In der gegenständlichen Anfrage werden folgende Fragen
gestellt:

"1. Fanden oder finden konkrete Verhandlungen mit Behörden
der BRD und der CSSR betreffend schädlicher Immissionen
statt?

2. Wenn ja, welche Ergebnisse konnten dabei erzielt werden?"

Ich beehre mich, die Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu 1.:

Gerade im so sensiblen Bereich der Luftverunreinigungen
ist es für mich als Bundesminister für Gesundheit und Um-
weltschutz eine unabdingbare Notwendigkeit, durch intensive
bilaterale und multilaterale Kontakte eine die nationalen
Grenzen überschreitende Kooperation in diesem Bereich sicher-
zustellen.

Österreich hat daher im Rahmen der UN-Wirtschaftskommission
für Europa (ECE) aktiv an der Ausarbeitung der Konvention
über grenzüberschreitende weiträumige Luftverunreinigung
mitgearbeitet und dieses für eine problemorientierte Umwelt-
politik in Europa so wesentliche Vertragswerk bereits rati-
fiziert.

- 2 -

Ich bin davon überzeugt, daß diese Konvention und die in ihrer Vollziehung gesetzten Aktivitäten, an denen Österreich aktiv mitbeteiligt ist, einen wesentlichen Beitrag zu einer gesamteuropäischen Verbesserung der Situation - auch im Bereich Waldschäden - leisten werden.

Darüberhinaus ist es aber ebenso notwendig, auch auf bilateraler Ebene einen intensiven Informations- und Erfahrungsaustausch sicherzustellen. Erst durch derartige Kontakte - ich verweise etwa auf das Treffen zwischen dem Bundesminister des Inneren der Bundesrepublik Deutschland Dr. Zimmermann und mir - ist es möglich, das zum Schutz unserer Umwelt notwendige akkordierte Vorgehen sicherzustellen.

Auch die Deutsch-Österreichische Raumordnungskonferenz hat anlässlich ihrer 7. Sitzung am 14. Oktober 1983 in Bonn die Aufnahme eines Punktes "Informationsaustausch über durch Luftschadstoffe verursachte Waldschäden im gemeinsamen Grenzraum und über die in diesem Zusammenhang getroffenen bzw. beabsichtigten Maßnahmen" in das Arbeitsprogramm 1984 der Unterkommission der ÖDROK beschlossen.

Zur Frage der Intensivierung der Kontakte zur CSSR darf ich darauf verweisen, daß in der CSSR das Ratifizierungsverfahren der Konvention über weiträumige grenzüberschreitende Luftverschmutzung - gemäß einer Mitteilung der Österreichischen Botschaft Prag - vor seinem Abschluß steht und dadurch eine - aus österreichischer Sicht sehr begrüßenswerte - verstärkte Einbindung der CSSR in die gesamteuropäischen Bemühungen zur Bekämpfung der Luftverunreinigungen in nächster Zukunft sichergestellt erscheint.

Dieser Entwicklung wird auch im Rahmen der anlässlich der letzten Tagung der "Gemischten österreichisch-tschechoslowakischen Kommission" von der österreichischen Seite vor-

- 3 -

geschlagenen und von der CSSR akzeptierten Expertengespräche Rechnung getragen werden. Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz nimmt in Aussicht, demnächst die CSSR-Seite zu einer ersten Runde dieser Expertengespräche einzuladen.

Zu 2.:

Konkrete Ergebnisse liegen bereits im Bereich der multilateralen Kooperation im Rahmen der oben erwähnten Konvention vor. Bei der im Juni 1973 in Genf abgehaltenen ersten Sitzung des Exekutivorgans dieser Konvention wurde

- o eine Fortführung und Intensivierung des kooperativen Meß- und Auswertungsprogramms für weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung,
- o ein Austausch der Ergebnisse der Forschungsarbeiten zur Verringerung der SO₂-Emissionen und weitere Zusammenarbeit auf diesem Gebiet und
- o eine Intensivierung der Forschungsaktivitäten zur genaueren Erfassung der Ursache-Wirkungs-Beziehungen bei Vegetationsschäden beschlossen.

Der Bundesminister:

